

Flughafenpolitik Die Zürcher Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer zieht Bilanz

«Vertrauen noch nicht gewonnen»

Keine Mehrheit im Kantonsrat, eine heikle Mission im Regierungsrat, erst informelle Kontakte mit Deutschland – Rita Fuhrers Bilanz nach zwei Jahren als «Flughafenministerin» fällt bescheiden aus.

Matthias Scharrer

Frau Fuhrer, der Kantonsrat hat sich gegen einen Ausbau des Flughafen-Pistensystems entschieden. Haben Sie mit dieser Abfuhr gerechnet?

Rita Fuhrer: Ja.

Und jetzt hoffen Sie auf den Bund, damit Ihr Ziel eines Flughafenbaus doch noch erreicht werden kann?

Es ist nicht mein Ziel, den Flughafen auszubauen. Was ich will, ist eine offene Auslegeordnung: Was heisst es für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, wenn man der Nachfrage oder einem Teil der Nachfrage am Flughafen entspricht oder nicht? Auf Basis dieser Auslegeordnung will ich die politische Diskussion führen. Innerhalb eines Jahres müssen wir jetzt einen entsprechenden Bericht erstellen.

Aber Sie wollen die Möglichkeit eines Pistenausbaus, oder?

Wichtig ist, dass im SIL-Prozess des Bundes und im Richtplan-Prozess des Kantons alle Möglichkeiten offen sind.

Sie wurden kürzlich nicht zu Gesprächen von Bundesrat Deiss mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten eingeladen. Wie sind Ihre flughafenpolitischen Beziehungen zum Bund?

Sie sind sehr gut. Beim Bundesamt für Zivilluftfahrt setzte man sich dafür ein, dass ich bei dem erwähnten Besuch und den Vorbereitungen dazu hätte dabei sein können. Das ist leider nicht gelungen. Das ist schade, denn es wäre ein starkes Signal gewesen, wenn wir hätten aufzeigen können, dass wir eine gemeinsame Wirtschaftspolitik betreiben. Es geht ja nicht nur um den Flughafen, es geht um die Wirtschaftspolitik!

Bundesgericht Grundsatzurteil zu Schiessplätzen «Schwarzer Peter» an die Gemeinden

Bei der Sanierung eines ausgemusterten Schiessplatzes hat der Bund nur für die durch das Militär verursachte Bleibelastung aufzukommen.

Vor einigen Jahren erwarb der Natur- und Tierpark Goldau das Gebiet rund um den ehemaligen Schiessplatz Grosswiyer in Goldau. Der Tierpark soll in diesem Gebiet erweitert werden. Da in einem Nachbarkanton Rinder beim Beweiden eines Kugelfangs eine tödliche Bleivergiftung erlitten hatten, ordnete das Amt für Umwelt des Kantons Schwyz auf dem Schiessplatz Grosswiyer Untersuchungen über die Bodenbeschaffenheit an. Dabei zeigte sich, dass die Belastung von Boden und Vegetation mit Blei zum Teil erheblich, im Bereich des Kugelfangs sogar massiv ist. Allein beim Kugelfang der 300-m-Schiessanlage liegen 20 Tonnen Blei im Boden. Der Kostenaufwand für die Sanierung beträgt rund 246 000 Franken.

Vor zwei Jahren teilte das Schwyzer Amt für Umwelt die Kosten für die Sanierung auf die verschiedenen Verursacher auf. Es auferlegte dem Natur- und Tierpark Goldau als Zustandstörer 25 Prozent dieser Kosten. Die Verhaltens-



«Flughafenministerin» Rita Fuhrer: «Die Leute sind sehr misstrauisch. Das tut manchmal auch weh.» (Archiv LZ)

Und wie stehts um die Kontakte zu Süddeutschland?

Wenn man erwartet, dass wir am Fighten und Verhandeln sind, ist das falsch. Es gibt Gespräche, in denen das Thema «Flughafen» immer wieder vorkommt. Aber es ist nicht so, dass man im Moment aktiv über ein An- und Abflugregime mit Deutschland verhandelt – weder beim Bund, noch beim Kanton Zürich. In Baden-Württemberg sind im Frühling 2006 Wahlen. So wenig, wie Bundesrat Leuenberger vor den deutschen Bundestagswahlen Druck machen konnte, so wenig kann ich jetzt Druck machen.

Wann kann man denn mit Deutschland reden?

Öffentlich erst nach den Wahlen. Unter vier Augen kann man aber immer reden.

Haben Sie unter vier Augen mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten über den Flughafen geredet?

Auf so detaillierte Fragen gebe ich keine Auskunft.

Also allgemein gefragt: Was haben Sie in zwei Jahren Flughafenpolitik erreicht?

Das ist schwierig zu beantworten, weil beim Thema «Luftfahrt» der Kanton keine gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten hat. Ich arbeite an den weichen Faktoren und führe viele Gespräche. Wir haben jetzt eine sehr viel unaufgeregte Situation als vor zwei Jahren. Auch der Kanton Aargau anerkennt heute die wirtschaftliche Wichtigkeit des Flughafens. Es gibt keine Allianzen mehr gegen Zürich. Die sieben Grenzkantone sind in einer Organisation zusammengeschlossen. Sie übergaben mir das Präsidium, weil der Flughafen das Hauptthema ist. Und man ist bereit, auch weitere Dossiers in dieser Arbeitsgruppe aufzunehmen, soweit sie dazu dienen, das Thema «Flughafen» zu bewältigen. Das heisst: Nationalstrassen, Bahnverbindungen, Benken und die Atommüll-Lagerung, Landwirtschaft etc.

Welche Ziele, die Sie sich in der Flughafenpolitik gesetzt haben, haben Sie nicht erreicht?

Ich muss ehrlicherweise sagen, dass ich das Vertrauen der Bevölkerung noch nicht gewonnen habe. Die Leute sind sehr misstrauisch. Das tut manchmal auch weh.

Gemeindeforum Tagung zur Volksschulreform Umsetzung muss in Etappen erfolgen

Bis das neue Zürcher Volksschulgesetz umgesetzt ist, werden noch sechs Jahre vergehen. Grund dafür sind fehlende finanzielle Mittel.

Über 500 Behördenmitglieder der Gemeinden und Schulgemeinden informierten sich gestern am Gemeindeforum 2005 in Winterthur aus erster Hand über die Auswirkungen, die das neue kanton-zürcherische Volksschulgesetz mit sich bringt. Zu den wichtigsten Veränderungen, die auf die Gemeinden zukommen, gehört die Einsetzung von Schulleitern, was Einfluss auf die Arbeit und die Belastung der Schulpflegen hat. Ausserdem sind Schulgemeinden zukünftig dazu verpflichtet, bei Bedarf Tagesstrukturen für die Schülerinnen und Schüler anzubieten.

Wie Urs Meier, beim Kanton verantwortlich für die Umsetzung des Gesetzes, ausführte, werden die vom Stimmvolk gutgeheissenen Reformen etappenweise eingeführt. Für eine parallele Realisierung aller Reformelemente fehlten die finanziellen Ressourcen.

So beteiligt sich der Kanton erst ab Sommer 2008 an den Kosten für die Schulleitungen, und erst ab Sommer

Sind Sie – abgesehen von der Beziehungsebene – sachpolitisch weitergekommen?

Ja, die Regierung hat einen Beschluss zur Flughafenpolitik mit wichtigen Aussagen verabschiedet. Dazu gehört die Suche nach einem Richtwert, der Lärmbelastung nicht nur in Dezibel berücksichtigt, sondern auch nach Tageszeit und Häufigkeit. Dieser Richtwert soll ein wichtiger Wert für unsere Politik werden.

Letzter Punkt: Wie schätzen Sie die Chancen der Plafonierungsinitiative ein, die maximal 250 000 Starts und Landungen pro Jahr fordert?

Wenn gestern abgestimmt worden wäre, hätte die Initiative Chancen gehabt. Ich werde noch sehr viel informieren müssen, bis es zu dieser Abstimmung kommt. Ich bin aber der Meinung, dass ich dem Gesamtregerungsrat einen überzeugenden Bericht vorlegen kann. Und wenn die Regierung überzeugt ist, werden wir auch die Bevölkerung überzeugen können. Aber es wird schwierig, vor allem wenn die Plafonierungs-Initiative zusammen mit Wahlen zur Abstimmung kommt. Dann habe ich ein Problem zu bewältigen.

Sozialhilfegesetz

«Die Schraube anziehen»

Die SVP des Kantons Zürich fordert eine Neuausrichtung der Sozialpolitik.

Die SVP-Kantonsratsfraktion will den Entwurf für ein neues kantonales Sozialhilfegesetz an den Regierungsrat zurückweisen. Die Partei wolle «die Schraube bei der Fürsorge anziehen», kündigte Fraktionschef Alfred Heer an einer Medienkonferenz vom Dienstag an. Geholfen werden müsse nur jenen, die ohne eigenes Verschulden in Not gerieten, sagte er. Und die Hilfe müsse den Lebensunterhalt sichern und nicht einen bestimmten Lebensstandard aufrechterhalten. Ziel der Sozialhilfe muss laut Heer die Beseitigung von existenziellen Notlagen sein. Den Linken warf er vor, sie betrieben eine ruinöse Politik, indem sie immer noch mehr Geld in die Umverteilung stecken wollten, um «das Ziel einer angeblich gerechten Schweiz zu vollenden».

Das Sozialhilfegesetz will die SVP «zur vollständigen Überarbeitung» zurückweisen, weil es nicht auf einer gründlichen Situationsanalyse beruhe, sagte Kantonsrat und Parteisekretär Claudio Zanetti. Die «aktuelle Sozialpolitik des Geldverteils» löse die Probleme nicht, sondern erhöhe sogar die Zahl der Sozialhilfebezügler. FDP-Regierungsrat Ruedi Jeker hat nach Ansicht von Zanetti mit dem neuen Sozialhilfegesetz krampfhaft versucht, es allen Recht zu machen. Einerseits werde der «Sozialhilfeindustrie» das Wort geredet, andererseits würden – um die Bürgerlichen zu besänftigen – halbherzig einige Massnahmen zur Bekämpfung des Missbrauchs ins Auge gefasst.

Um dem Sozialhilfemissbrauch einen Riegel zu schieben, müssten ausgebildete Sozialinspektoren eingesetzt werden, verlangt der Zürcher Gemeinderat und Stadtratskandidat Roger Liebi. Um die Finanzierung der schweizerischen Sozialwerke zu sichern, müssen laut SVP-Schweiz-Präsident Ueli Maurer vor allem wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Wachstum erlauben. (sda)

Flughafen

Wieder pünktlicher

Mit den Plätzen 6 und 9 von 27 liegen die Schweizer Flughäfen Genf und Zürich in Sachen Pünktlichkeit im dritten Quartal 2005 im ersten Drittel einer europäischen Hitliste der AEA (Association of European Airlines).

Wie die Flughafenbetreiberin Uniqe mitteilte, waren in Zürich im Juli, August und September 81,1 Prozent aller Flüge weniger als 15 Minuten verspätet, also pünktlich. Mit diesem Ergebnis verbesserte sich der Zürcher Flughafen seit dem ersten Quartal um 16 Plätze. In den ersten drei Monaten 2005 lag er noch auf Platz 25. Mit 85 Prozent pünktlicher Flüge lag Genf auf Platz sechs, wie Martin Horn von der operationellen Flughafensteuerung in Zürich auf Anfrage sagte. Für Basel hatte er keine Zahlen. Die beiden pünktlichsten Flughäfen Europas waren jene von Helsinki und Oslo. Am schlechtesten schnitt Istanbul mit 61,9 Prozent ab. (sda)

Stadt Zürich

Grossüberbauung

20 Wohnbauwettbewerbe hat die Stadt Zürich seit dem Start ihrer Wohnbauoffensive 1998 begleitet. Der grösste wurde jetzt abgeschlossen und soll am Stadtrand in Höngg 250 neue Wohnungen bringen. Es handle sich um den komplexesten und grössten Wohnungsbauwettbewerb der letzten Jahre, sagte Kathrin Martelli, Vorsteherin des Hochbaudepartements, bei der Präsentation des Siegerprojekts der Architekten Urs Primas, Jens Studer und Franziska Schneider. Die Hofrandbebauung im Rütihof setzt im Innenraum auf eine grosse Frei- und Grünfläche. (sda)